Mieten deckeln, Mieten senken!

Die Linke

Im Bundestag

Wuchermieten konsequent senken!

Mietwucher ist verboten

Mietpreise von mehr als 20 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete gelten als überhöht. Derart überhöhte Mieten können bei der Stadt angezeigt und müssen dort als Ordnungswidrigkeit verfolgt werden. Die Linke im Bundestag setzt sich dafür ein, sogenannten Mietwucher kommunal stärker zu ahnden.

Überhöhte Mieten ahnden

Bisher werden überhöhte Mieten von den Kommunen kaum verfolgt. Gründe dafür sind mangelnde Kenntnisse, fehlendes Personal und aufwändig zu erbringende Nachweise. Aber es ist möglich, Bußgelder wegen Mietpreisüberhöhungen zu verhängen, Rückzahlungen und Mietsenkungen zu erwirken.

Mieten senken

So geht es: In Frankfurt am Main wurden seit 2020 über 1.000 Mietpreisüberhöhungen verfolgt und satte Rückzahlungen von über 330.000 Euro an die Stadt und die Mieter:innen durchgesetzt. Das geht mit ausreichend und engagiertem Personal im Wohnungsamt. Vor Gericht wurde diese Praxis mehrfach bestätigt.

Anwendung erleichtern

Die Ahndung überhöhter Mieten muss erleichtert werden: Die individuelle Nachweispflicht, in einer Wohnungsnotlage ausgenutzt worden zu sein, muss entfallen. Auf angespannten Wohnungsmärkten sollten alle überhöhten Mieten gesenkt werden!

Die Linke im Bundestag kämpft dafür, die Spielräume zu nutzen und zu erweitern, um Mieten zu deckeln und zu senken. Mehr Informationen unter: mieten.dielinkebt.de

Fraktion Die Linke im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, dialog@dielinkebt.de
V.i.S.d.P. Christian Görke. Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.